



Ausschussdrucksache 21(11)106
vom 17. März 2026

Schriftliche Stellungnahme

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Öffentliche Anhörung

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Siebter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – Lebenslagen in Deutschland
BT-Drucksache 21/3250



Stellungnahme

7. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Dr. Maximilian Stockhausen

Köln, 13.03.2026

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
1 Vorbemerkungen	3
2 Zeitreihenbrüche erschweren Interpretation von Kriseneffekten und aktuellen Verteilungstrends	4
3 Einkommens- und Vermögensverteilung erweisen sich langfristig als weitgehend stabil	5
4 Einkommensarmutsgefahr stellt noch keine materielle Hilfebedürftigkeit dar	8
5 Subjektive Wahrnehmung und objektive Datenlage weichen weiterhin voneinander ab	9
6 Abschließende Bemerkungen	9
Abbildungsverzeichnis.....	11
Literaturverzeichnis	11

Zusammenfassung

Der **Siebte Armuts- und Reichtumsbericht (7. ARB)** ist ein umfangreiches, datenbasiertes Werk, das viele relevante Lebensbereiche abdeckt – von Einkommen und Vermögen über Bildung, Gesundheit und Teilhabe bis hin zu neuen Themen wie Klimawandel und subjektiven Erfahrungen von Armut. Gleichzeitig ist zu kritisieren, dass der Bericht durch seine starke thematische Erweiterung an analytischer Schärfe und Übersichtlichkeit verliert.

Ein zentrales, aber zu wenig diskutiertes Problem sind **methodische Brüche in wichtigen Datensätzen**: Coronabedingte Erhebungsänderungen, die Neugestaltung des Mikrozensus sowie die Integration des EU-SILC ab 2020 in den Mikrozensus erschweren eine verlässliche Trendauswertung in wesentlichen Verteilungskennziffern. Auch im SOEP führte ein Institutswechsel 2021 zu einem Zeitreihenbruch. Dadurch lassen sich Kriseneffekte und die Wirksamkeit politischer Maßnahmen nur eingeschränkt beurteilen. Eine konsequentere Darstellung dieser Einschränkungen im 7. ARB wäre notwendig gewesen.

Trotz dieser Probleme zeigen die verfügbaren Daten **eine weitgehend stabile Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland**. Der Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen liegt seit Jahren nahezu konstant, und auch die Vermögensungleichheit ist – trotz höherem Niveau als bei den Einkommen – leicht rückläufig. Staatliche Umverteilung und automatische Stabilisatoren haben größere Verwerfungen während der Krisen erfolgreich abgefedert.

Der Bericht betont zu Recht, dass die **Armutsgefährdungsquote ein relatives Maß** ist und keine direkte Aussage über materielle Hilfebedürftigkeit trifft. Ursachen steigender Armutsrisiken, wie die starke Zuwanderung von Geflüchteten nach 2015 mit geringen materiellen Ressourcen, stellen keine Gerechtigkeitsdefizite oder ein mangelndes Funktionieren des Sozialstaats dar. Eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung bleibt der zentrale Schutzfaktor vor Einkommensarmut.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die **Diskrepanz zwischen objektiven Daten und subjektiver Wahrnehmung**: Viele Bürger überschätzen das Ausmaß sozialer Ungleichheit, was politische Debatten prägt. Diese Wahrnehmungsverzerrungen werden im 7. ARB zwar erwähnt, aber nicht systematisch in die Schlussfolgerungen integriert.

Insgesamt ist der 7. ARB als wichtiges Instrument der sozialpolitischen Beobachtung zu würdigen, es ist jedoch **eine klarere Kommunikation, eine konsequentere Berücksichtigung methodischer Unsicherheiten** sowie eine **stärkere Fokussierung auf zentrale Verteilungsindikatoren** anzumahnen. Der Bericht sollte Fortschritte und Stabilitäten ebenso hervorheben wie bestehende Herausforderungen, um ein realistisches Bild der sozialen Lage in Deutschland zu vermitteln.

1 Vorbemerkungen

Die Bundesregierung hat im Dezember 2025 den **Siebten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (7. ARB)** beschlossen. Der Bericht knüpft an die Struktur der vorherigen Armuts- und Reichtumsberichte an und dokumentiert umfassend die soziale Lage in Deutschland auf breiter Datenbasis. Er behandelt die Verteilung von Einkommen und Vermögen, beschreibt soziale Lebenslagen und analysiert die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sowie der jüngsten Energie- und Inflationskrise.

Die datenorientierte Vorgehensweise ist zu begrüßen, denn sie bietet eine solide **Grundlage für eine wissenschaftliche Debatte über Armut, Wohlstand und Lebenslagen in Deutschland**. Schon auf den ersten Blick wird deutlich, wie breit der Bericht angelegt ist. Er verknüpft Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung mit Aspekten der Bildung, Gesundheit, Erwerbsbeteiligung und gesellschaftlichen Teilhabe. Diese inhaltliche Tiefe ist grundsätzlich positiv zu bewerten und sie folgt dem formulierten Auftrag. Jedoch besteht gleichzeitig die Gefahr, dass aufgrund der zunehmenden thematischen Fülle der Blick auf grundlegende Verteilungskennziffern und deren Entwicklung verstellt wird. Mittlerweile umfasst der Bericht 675 Seiten ohne Tabellenwerke. Die Tabellenwerke stellen wichtige Referenzdaten dar und sind online als Indikatorenset zugänglich. Ein wertvolles Angebot, welches in jedem Fall auch zukünftig erhalten bleiben sollte. Im Vergleich dazu: Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2001 umfasste noch knapp 300 Seiten inklusive Tabellenanhänge. Es fällt zunehmend schwer, den Bericht vollständig zu durchdringen und auf einen Blick zu erkennen, wie es tatsächlich um die Chancengleichheit in Deutschland steht und wo zu große Ungleichheiten bestehen, die gezielt zu bekämpfen sind, und dies unabhängig von der normativen Frage, was zu große Ungleichheiten sind.

Ausdrücklich anzuerkennen ist, dass der Bericht sich wichtigen neuen Themen widmet. Die vertiefte Auseinandersetzung mit der **Nichtinanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen** etwa macht auf ein strukturelles Problem aufmerksam, das in verteilungspolitischen Diskussionen häufig unterschätzt wird und auch im Rahmen der aktuellen Reformdebatte zur Zukunft des deutschen Sozialstaats von Relevanz ist. So würde eine Erhöhung der Transparenz, ein vereinfachter Zugang zu existenzsichernden Leistungen und eine verbesserte Abstimmung bestehender Mindestsicherungsleistungen untereinander zum Ziel beitragen, den Staat bürgerfreundlicher und effizienter zu gestalten. Dies ist ein erklärtes Ziel der im letzten Jahr von der Bundesregierung einberufenen Sozialstaatsreformkommission. Die Erkenntnisse aus dem 7. ARB können somit auch im politischen Reformprozess genutzt werden. Dadurch entfaltet er eine sinnvolle und gewünschte Relevanz.

Die Entscheidung, erstmals **Menschen mit Armutserfahrung** systematisch in die Berichtserstellung einzubeziehen, verleiht dem Bericht eine unmittelbarere Perspektive auf alltägliche Herausforderungen, die in rein quantitativen Daten so nicht sichtbar wären. Gleichzeitig muss die Ergänzung durch subjektive Erfahrungsberichte jedoch mit Bedacht erfolgen: Qualitative Eindrücke sind wertvoll, sollten aber immer vor dem Hintergrund der empirischen Gesamtlage eingeordnet werden. Die Entscheidung, erstmals auch soziale Auswirkungen des **Klimawandels** und der **Dekarbonisierung** zu thematisieren, ist inhaltlich nachvollziehbar, die Ergebnisse bleiben jedoch sehr allgemein und im Vagen. Auch hier gilt: Wo ein Bericht versucht, alle sozialpolitischen Großthemen gleichzeitig zu behandeln, verliert er an analytischer Schärfe.

2 Zeitreihenbrüche erschweren Interpretation von Kriseneffekten und aktuellen Verteilungstrends

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass sich der Bericht mit den Verteilungswirkungen der **Coronapandemie** (2020-2021) und den Auswirkungen der starken **Verbraucherpreisanstiege** infolge des Ukrainekrieges (2022-2023) beschäftigt und dabei die Unterschiede in der Betroffenheit verschiedener sozio-demografischer Gruppen herausarbeitet. Die dezentrale, das heißt themenspezifische Diskussion der Folgen und die Darlegung deskriptiver Befunde verschaffen einen Überblick über die jeweiligen Herausforderungen und arbeiten Unterschiede in der Betroffenheit während der verschiedenen Krisenjahre heraus, soweit dies bis zum Veröffentlichungszeitpunkt bereits möglich gewesen ist. So werden Haushaltsbefragungsdaten oftmals nur mit einem größeren zeitlichen Verzug veröffentlicht, was aktuelle Analysen erschwert. Eine systematische Evaluation der Wirksamkeit unterschiedlicher Politikmaßnahmen erfolgt jedoch nicht im Rahmen des 7. ARB. Dies wäre aufgrund bestehender Probleme in den zugrundeliegenden Mikrodatenbasen seit 2020 jedoch auch kaum möglich. Auf diese Probleme soll im Folgenden näher eingegangen werden, da sie den Kernauftrag des Armuts- und Reichtumsberichts berühren:

Kontaktbeschränkungen während der Coronapandemie, Umstellungen auf computergestützte Befragungsmethoden sowie weitere methodische Umstellungen in zentralen Mikrodatensätzen, wie beispielsweise dem **Mikrozensus** und der Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (**EU-SILC**), haben zu **erheblichen Zeitreihenbrüchen** geführt (Hundenborn/Enderer, 2019). Die lange geplante methodische Neugestaltung des Mikrozensus und die Integration des EU-SILC in den Mikrozensus fielen 2020 unglücklicherweise in das gleiche Jahr wie der Ausbruch der Coronapandemie. Auch das Sozio-oekonomische Panel (**SOEP**) hat durch einen Wechsel des Befragungsinstituts im Jahr 2021 einen Zeitreihenbruch zu verzeichnen (Grabka, 2024, Kasten: Annahmen der Einkommensmessung), der zu einem erheblichen Verlust von langjährig Befragten führte und durch umfangreiche Nacherhebungen im Folgejahr kompensiert werden musste. Dabei antworten Erstbefragte zumeist qualitativ schlechter und werden in Analysen zur Einkommenssituation meist noch nicht berücksichtigt. Eine Analyse der zeitlichen Veränderungen zwischen 2019 und 2023 sowie eine Identifizierung der Wirkung gezielter Politikmaßnahmen in diesem Zeitraum, beispielsweise von spezifischen Entlastungsmaßnahmen während der Coronapandemie oder der Wohngeld-Plus Reform zum 1. Januar 2023, werden dadurch massiv eingeschränkt. Zwar finden sich kurze Hinweise im Text zu den Schwierigkeiten, eine systematische Diskussion der Probleme findet jedoch nicht statt, obwohl sie den Kernauftrag des ARB berühren, fundierte Daten zur Veränderung von Lebens- und Problemlagen korrekt abzubilden. Auch in der Begleitforschung zum 7. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird auf die Unsicherheiten am aktuellen Rand im SOEP verwiesen und eine zurückhaltende Interpretation der Ergebnisse empfohlen (Herdegen et al., 2024, 10.). So ist retrospektiv nicht eindeutig zu beantworten, ob die Ursache von Veränderungen in den Verteilungskennziffern in realwirtschaftlichen oder methodischen Veränderungen begründet ist. Für eine evidenzbasierte Politikberatung sind dies schlechte Voraussetzungen. Das gilt für die nationale wie internationale Ebene gleichermaßen.

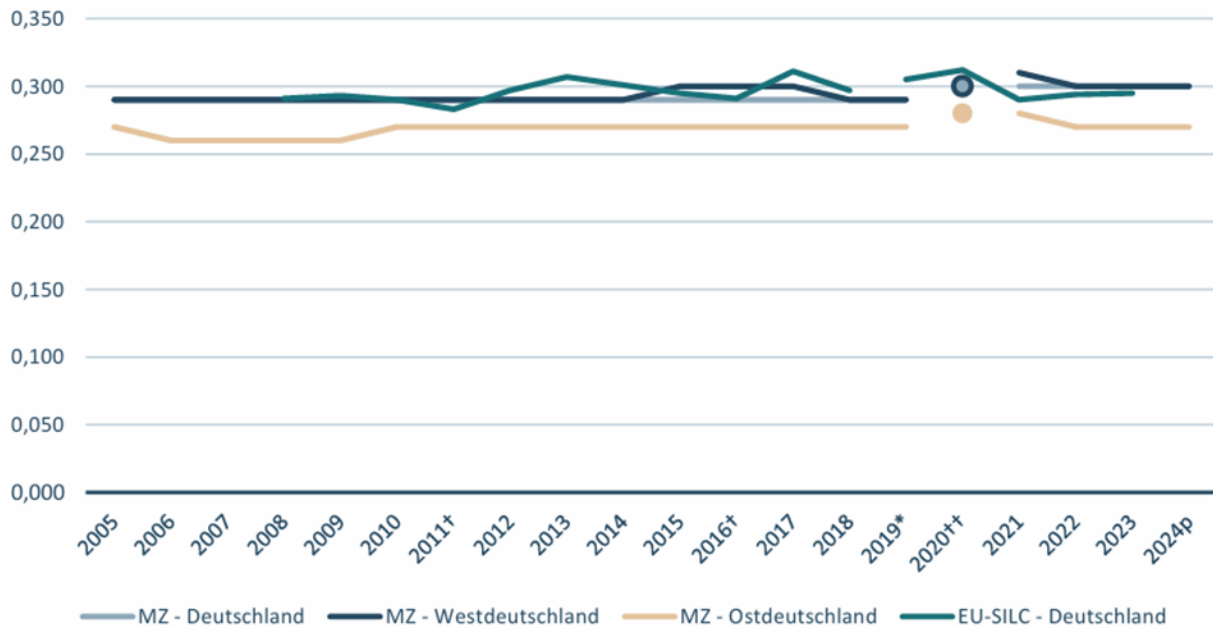
In diesem Kontext verwundert es auch, dass zwar der Zeitreihenbruch im Mikrozensus und EU-SILC im Rahmen der Diskussion zur Entwicklung der Einkommensungleichheit erwähnt wird und die Ergebnisse nur auf Basis der SOEP dargestellt werden, welches ebenfalls nicht frei von Problemen ist und weniger aktuelle

Ergebnisse liefert (Stockhausen et al., 2025), aber die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote, die auf den gleichen Einkommensbeobachtungen beruht, für alle drei Zeitreihen dargestellt wird. Zeitreihenbrüche werden zudem optisch nicht klar hervorgehoben. Die Ergebnisdarstellung im Bericht erfolgt an dieser Stelle nicht mit der notwendigen Konsequenz und inneren Konsistenz. Zudem hätte die Gegenüberstellung aller drei Zeitreihen zu anderen Interpretationen in der Ungleichheitsentwicklung geführt und es hätten zugleich aktuellere Entwicklungen abgebildet werden können. Angesichts der immer wieder geäußerten Kritik, dass es dem Armuts- und Reichtumsbericht wegen seines umfangreichen Erstellungs- und Beteiligungsprozesses an Aktualität mangelt, ist dieser Punkt nicht weniger bedeutend.

3 Einkommens- und Vermögensverteilung erweisen sich langfristig als weitgehend stabil

Im Bericht wird klar festgestellt, dass sowohl die Verteilung der **Markteinkommen** als auch die Verteilung der **verfügbaren Haushaltseinkommen** in Deutschland zwischen 2010 und 2020 weitestgehend stabil geblieben sind und grundsätzlich alle Einkommensschichten von realen Wohlstandsgewinnen in diesem Zeitraum profitieren konnten (BMAS, 2025, 97). Dies entspricht ebenfalls Ergebnissen in Niehues/Stockhausen (2024) oder Stockhausen et al. (2025). Darüber hinaus zeigen die in Abbildung 3-1 dargestellten Ergebnisse zur Entwicklung des Gini-Koeffizienten auf Basis aktueller Mikrodaten des EU-SILC und des Mikrozensus, dass sich auch zwischen 2019 und 2024 ein weitestgehend stabiles Gefüge der verfügbaren Haushaltseinkommen abzeichnet, allerdings bei einem deutlichen Rückgang der Kaufkraft in den Jahren 2022 und 2023, die sich erst langsam wieder erholt und auf dem Niveau von 2019 liegt. Gleichzeitig macht dies trotz aller Schwierigkeiten in den Mikrodaten klar, dass sowohl die automatischen Stabilisatoren, beispielsweise die Arbeitslosenversicherung, als auch diskretionäre finanzielle Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung größere Verwerfungen im Sozial- und Einkommensgefüge verhindern konnten.

Abbildung 3-1: Entwicklung des Gini-Koeffizienten der verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland
Gini-Koeffizient auf Basis der nominalen Nettoäquivalenzeinkommen (neue OECD-Skala)

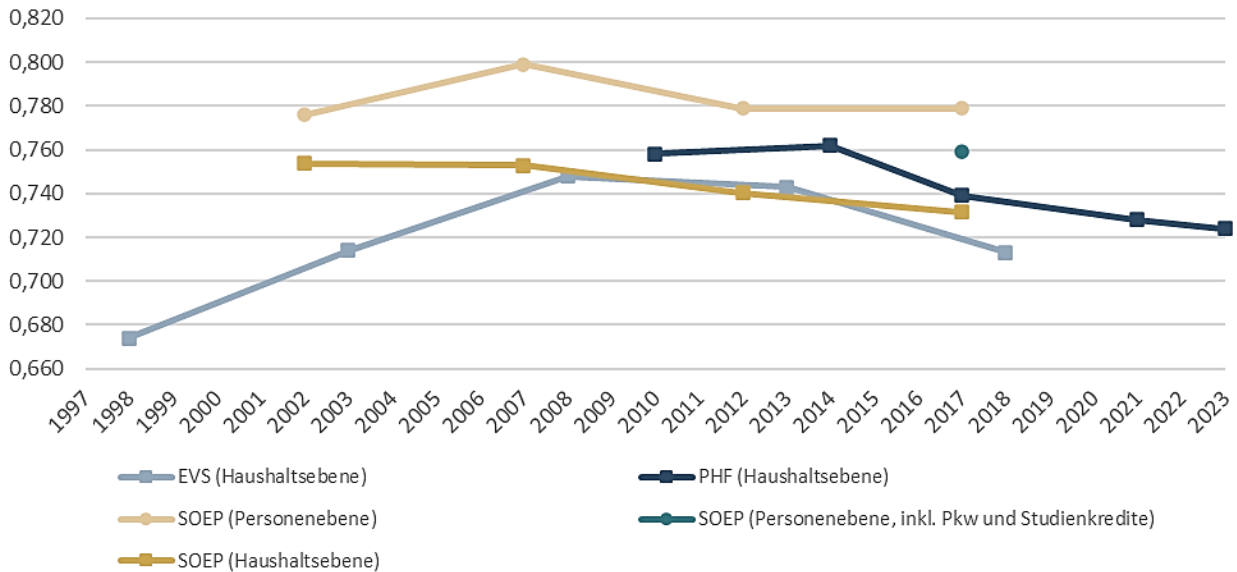


Anmerkungen: † Nutzung von Zufallsstichproben auf Basis der Daten des Zensus 2011 ab 2016 im MZ und nachträgliche Rückrechnungen bis einschließlich 2011; †† Zeitreihenbruch aufgrund von methodischen und technischen Umstellungen im Erhebungsverfahren und ungewöhnlich hohen Ausfallquoten durch Kontaktbeschränkungen und das Aussetzen von Mahnverfahren während der Coronapandemie im MZ (in Teilen auch noch 2021); * Zeitreihenbruch im EU-SILC; p MZ-Erstergebnisse.

Quellen: Statistische Ämter der Länder, Deutschland, 2025; Eurostat, 2025; Stockhausen et al., 2025, 16

Mit Blick auf die Entwicklung der **Vermögen** zeichnet sich für das vergangene Jahrzehnt ebenfalls ein stabiles Verteilungsergebnis gemäß unterschiedlicher Datensätze ab (Abbildung 3-2), welches durch ein deutliches nominales Wachstum der Vermögenswerte zwischen 2010/2011 und 2023 charakterisiert wird: „Obwohl das Vermögen insgesamt deutlich ungleicher als die Einkommen verteilt ist, ist der Gini-Koeffizient in diesem Zeitraum von 0,76 auf 0,72 leicht gesunken. Auch der Anteil der Haushalte mit Schulden und der Anteil der Haushalte mit negativem Nettovermögen haben sich verringert. Die Struktur des Vermögens und der Verschuldung entlang der Vermögensverteilung blieb weitgehend unverändert“ (BMAS, 2025, 98). Diese Befunde auf Basis der Mikrodaten der Deutschen Bundesbank (PHF) decken sich mit zahlreichen anderen Analysen und haben auch dann Bestand, wenn fehlende Vermögenswerte an der Spitze in Haushaltsbefragungsdatensätzen hinzugeschätzt werden, die die Top-Vermögen nur schlecht erfassen (Demary et al., 2021). Der 7. ARB liefert an dieser Stelle einen wichtigen Gegenakzent zu öffentlichen Debatten, in denen regelmäßig eine immer weiter zunehmende relative Vermögensungleichheit angemahnt wird.

Abbildung 3-2: Entwicklung des Gini-Koeffizienten der Nettovermögen in Deutschland



Anmerkungen: Im SOEP werden Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten betrachtet (ohne Personen der Flüchtlingssamples M3 bis M5), Hochrechnungsfaktoren mit erster Befragungswelle, 0,1 % Top-Coding.

Quellen: Grabka/Halbmeier, 2019 und eigene Berechnungen für SOEP; Deutsche Bundesbank, 2025 für PHF; BMAS, 2025 für EVS; eigene Darstellung

Und dennoch bleibt die Vermögensanalyse des 7. ARB an manchen Stellen unvollständig. Zwar wird die besondere **Rolle von selbstgenutzten Immobilienvermögen** für die Vermögensbildung und für Unterschiede ausführlich betont, hingegen bleiben **Lebenszykluseffekte** in der Gesamtschau unterbeleuchtet. Ein 25-Jähriger und ein 60-Jähriger lassen sich vermögensstatistisch kaum sinnvoll miteinander vergleichen. Ohne eine systematische Berücksichtigung solcher Lebenszykluseffekte wirken Vermögensunterschiede struktureller, als sie tatsächlich sind. Eine Diskussion zur **Rolle von Anwartschaften** gegenüber staatlichen Sozialversicherungssystemen, insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung, sei in diesem Kontext ebenfalls angemahnt. Die Vernachlässigung gesetzlicher Rentenansprüche führt zu einer deutlichen Überschätzung der Vermögensungleichheit, wengleich die Frage der Einbeziehung nicht unumstritten ist (SVR, 2025; Deutsche Bundesbank, 2025). Ebenso erscheint die Betrachtung individueller beziehungsweise **intragenerationaler relativer Vermögensmobilität** über einen Fünf-Jahres-Zeitraum als zu kurz gegriffen, da die Akkumulation von Vermögen über längere Zeiträume stattfindet. Aus diesem Grund ist eine tendenziell geringe Mobilität an dieser Stelle ein erwartbares Ergebnis, besitzt aber nur eine geringe Aussagekraft. Dazu passt der Befund, dass die Vermögensmobilität bei längerem Betrachtungszeitraum von 15 Jahren bereits höher ausfällt.

4 Einkommensarmutsgefahr stellt noch keine materielle Hilfebedürftigkeit dar

Im Bericht werden Armutsrisiken, materielle und soziale Mangellagen sowie strukturelle finanzielle Belastungen umfassend abgebildet und diskutiert, was dem Kernauftrag des Berichts entspricht. In der Gesamtbetrachtung wird jedoch zu wenig betont, **wie wirksam der deutsche Staat umverteilt** und dass die Ursachen, beispielsweise im Anstieg der relativen **Armutsgefährdungsquote** im letzten Jahrzehnt, nur wenig mit tatsächlichen Gerechtigkeitsdefiziten verbunden sind. So zeigen kontrafaktische Analysen im Rahmen der Begleitforschung von Herdegen et al. (2024), dass der Anstieg des Armutsrisikos zu einem großen Teil auf die Zuwanderung von Personen mit niedrigem Einkommen seit 2014 zurückgeht (siehe auch Grabka, 2025) oder auch mit einem gestiegenen Anteil höherer Bildungsabschlüsse in der Bevölkerung verbunden ist. Dies hat zu einem Anstieg der Einkommensheterogenität zwischen und innerhalb verschiedener Bildungsgruppen geführt. Dabei stellen weder die solidarische Aufnahme von Geflüchteten mit geringen finanziellen Ressourcen noch die Bildungsexpansion ein grundlegendes Gerechtigkeitsdefizit dar, ganz im Gegenteil. Dass Deutschland ein Industriestaat mit überdurchschnittlich hoher **Chancengleichheit** ist, haben Ergebnisse der OECD (2025) im letzten Jahr erneut aufzeigen können.

Von besonderer Bedeutung ist zudem die **Rolle der Erwerbsarbeit** für Fragen von Armut und sozialem Aufstieg. Der Bericht weist zutreffend darauf hin, dass Erwerbsarbeit nicht in jedem Fall vor Armutsrisiken schützt, insbesondere bei Teilzeitbeschäftigten oder Alleinerziehenden. Gleichwohl bleibt unbestritten, dass Erwerbsarbeit das zentrale Mittel zur Armutsvermeidung bleibt und Aufstiegschancen eröffnet. Dieser Grundgedanke, der in vielen wissenschaftlichen Studien immer wieder bestätigt wird sowie die Wichtigkeit eines qualitativ hochwertigen Bildungssystems, kommt im Bericht immer noch zu schwach zur Geltung. Eine stärkere Auseinandersetzung mit Arbeitsanreizen, Qualifikation, Produktivität und der Verbesserung von Erwerbsschancen hätte hier deutliche Impulse geben können.

Positiv anzumerken ist, dass im Bericht der **Charakter der Einkommensarmutsrisikoquote** als Verteilungskennziffer thematisiert wird: „Es handelt sich bei diesem Indikator um eine statistische Maßgröße für die Einkommensverteilung, die den Bevölkerungsanteil angibt, der über ein Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verfügt. Er liefert aber keine Information über individuelle Hilfebedürftigkeit im Sinne einer Leistungsberechtigung in den Mindestsicherungssystemen. Vielmehr soll zum Ausdruck gebracht werden, dass dem Risiko der Einkommensarmut unterliegt, wer ein Einkommen unterhalb eines bestimmten Mindestabstands zum Mittelwert der Gesellschaft hat“ (BMAS, 2025, S. 100 f.) Die Festlegung auf eine 60-Prozent-Schwelle ist dabei willkürlich, „denn es gibt keine wissenschaftliche Begründung dafür, warum gerade dieser Prozentsatz gewählt wird und nicht beispielsweise 48 % oder 67,25 %“ (Brenke, 2018, 4). Trotz der häufigen Verwendung des Maßes der Armutsgefährdungsquote handelt es sich keinesfalls um ein unumstrittenes Maß. Neben der fehlenden wissenschaftlichen Fundierung des Schwellenwerts wird häufig kritisiert, dass eine alleinige Betrachtung der Einkommen nicht ausreicht, um eine Beschränkung finanzieller Ressourcen zu beschreiben. Wird beispielsweise zudem berücksichtigt, ob eine Person oder ein Haushalt auf Vermögen zurückgreifen kann, verändert sich die Altersstruktur Armutsgefährdeter zugunsten Älterer, da diese häufiger auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen können (Calderón et al., 2020). Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich darauf, dass bei

einer rein relativen Armutsmessung allgemeine Wohlstandsveränderungen außen vorbleiben. Daher ist die ergänzende Betrachtung von materieller und sozialer Deprivation sinnvoll, wie sie im 7. ARB umgesetzt wird.

5 Subjektive Wahrnehmung und objektive Datenlage weichen weiterhin voneinander ab

Des Weiteren ist anzumerken, dass der Bericht zwar eine **Diskrepanz zwischen objektiver Datenlage und subjektiver Wahrnehmung** der Bevölkerung in vielen Bereichen der Einkommens- und Vermögensverteilung erwähnt, diese bei zentralen Ableitungen jedoch nur wenig einfließen lässt. Der Befund, dass viele Bürgerinnen und Bürger die Ungleichheit in Deutschland deutlich pessimistischer einschätzen, als es empirisch begründbar ist, wurde bereits im vergangenen Armuts- und Reichtumsbericht hervorgehoben. Dieser Befund ist jedoch gesellschaftlich hoch relevant, denn Fehlwahrnehmungen beeinflussen politische Forderungen und Debatten oft stärker als belastbare Zahlen. Darüber hinaus können Liebig et al. (2023) in der Begleitforschung zum Bericht aufzeigen, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung trotz der Krisen weiterhin in der Mittelschicht verortet und grundsätzlich die eigene Situation besser beurteilt als die allgemeine wirtschaftliche Situation. Verglichen mit der Situation vor Ausbruch der Pandemie erscheint das Bild jedoch etwas getrübter, wobei die schlechtere Einschätzung am deutlichsten in Bezug auf die eigene Wohnsituation ausfällt. Auch die wahrgenommenen Aufstiegschancen zwischen den Generationen haben sich in Folge der Krisen erwartbar verschlechtert. Betroffen von all diesen Entwicklungen sind breite Teile der Bevölkerung, sodass es zwischen verschiedenen sozio-demografischen Gruppen nur geringe Unterschiede in der Wahrnehmung gibt. Auswertungen des EU-SILC für das Jahr 2023 von Stockhausen et al. (2025) zeigen zudem, dass obwohl die subjektiven Bewertungen des Haushaltsnettoeinkommens gegenüber dem Beginn der Coronapandemie – wie in vielen der einkommensstarken Länder – etwas negativer ausfallen, gibt es innerhalb der EU weiterhin nur wenige Länder, in denen die Einschätzungen positiver sind als in Deutschland. Tatsächlich berichteten in keinem der EU-27-Staaten weniger Menschen, relativ schlecht, schlecht oder sehr schlecht mit ihrem Einkommen auszukommen – und nur in den Niederlanden, Luxemburg und Schweden gaben mehr Menschen an, finanziell gut oder sehr gut zurechtzukommen.

6 Abschließende Bemerkungen

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht ein bedeutsames Instrument staatlicher Selbstbeobachtung bleibt und seinem Auftrag insgesamt gerecht wird. Er enthält eine Fülle empirischer Informationen und einige richtungsweisende neue Impulse, die im Rahmen der aktuellen Diskussionen zur Weiterentwicklung des Sozialstaats Verwendung finden können und nützliche Hinweise zu Handlungsbedarfen aufzeigen. Doch er verliert an analytischer Schärfe, wo er Problemlagen überbetont, politische Themen zu breit einbettet und strukturelle Fehlwahrnehmungen nicht konsequent auflöst. Zu wenig widmet sich der Bericht bestehenden Problemen in den zugrundeliegenden Mikrodatenquellen. Diverse Zeitreihenbrüche machen es nahezu unmöglich, krisenbedingte Veränderungen in den Verteilungskennziffern von methodischen Einflüssen zu trennen. Es wird daher dafür plädiert, sowohl für eine möglichst einheitliche und störungsfreie Datengrundlage zur Verfolgung zeitlicher Veränderungen wesentlicher Verteilungskennziffern zu sorgen als auch für eine stärker ausbalancierte Kommunikation, in

der Fortschritte, Stabilitäten und positive Entwicklungen ebenso angemessen dargestellt werden wie bestehende Herausforderungen. Denn das in der öffentlichen Debatte oft gezeichnete „Bild des Niedergangs“ wird der sozialen Lage in Deutschland kaum gerecht und erschwert eine sachliche Diskussion über die Gestaltung eines wirksamen Sozialstaats (Cremer, 2025). Nur so kann der Bericht seiner zentralen Aufgabe gerecht werden: ein realistisches, empirisch fundiertes und damit belastbares Bild der sozialen Realität Deutschlands zu vermitteln.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1: Entwicklung des Gini-Koeffizienten der verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland.....	6
Abbildung 3-2: Entwicklung des Gini-Koeffizienten der Nettovermögen in Deutschland	7

Literaturverzeichnis

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2025, Lebenslagen in Deutschland. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin

Brenke, Karl, 2018, Armut: Vom Elend eines Begriffs, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 98. Jg., Nr. 4, S. 260–266

Calderón, Mariano / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020, Wie verteilt sich der Wohlstand in Deutschland? Eine kombinierte Betrachtung von Einkommen und Vermögen, in: IW-Trends, 47. Jg., Nr. 3, S. 39–60

Cremer, Georg, 2025, Alles schrecklich ungerecht? Mythen, Halbwahrheiten, Fakten zum deutschen Sozialstaat, Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau

Demary, Markus / Hentze, Tobias / Kauder, Björn / Niehues, Judith, 2021, Die Rolle der Betriebsvermögen in der Vermögensverteilung, Gutachten im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen, Köln

Deutsche Bundesbank, 2025, Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland. Ergebnisse der Vermögensbefragung 2023, Monatsbericht April, Frankfurt am Main

Grabka, Markus M., 2025, Armutsrisiko stagniert, ist aber bei Menschen mit Migrationshintergrund und Erwerbslosen weiterhin hoch, in: DIW Wochenbericht, 92. Jg., Nr. 42, Berlin

Grabka, Markus M., 2024, Niedriglohnsektor in Deutschland schrumpft seit 2017, in: DIW Wochenbericht, 91. Jg., Nr. 5, Berlin

Grabka, Markus M. / Halbmeier, Christoph, 2019, Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch, in: DIW Wochenbericht, Nr. 40, S. 735–745

Herdegen, Natalie / Kleimann, Rolf / Roth, Paul, 2024, Entwicklungstendenzen der Einkommensverteilung in Deutschland vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie, Forschungsbericht im Rahmen des Siebten Armuts- und Reichtumsberichts, Tübingen

Hundenborn, Janina / Enderer, Jörg, 2019, Die Neuregelung des Mikrozensus ab 2020, WISTA – Wirtschaft und Statistik, Nr. 6, S. 9–17

Liebig, Stefan / Priem Maximilian / Winkler, Anne-Christin, 2023, Wahrnehmung von Armut und Reichtum und Einstellungen zu Verteilungsfragen, DIW Econ, Forschungsbericht im Rahmen des Siebten Armuts- und Reichtumsberichts, Berlin

Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2024, IW-Verteilungsreport 2024. Aktuelle Trends und Herausforderungen für die Verteilungspolitik, IW-Report, Nr. 49, Köln/Berlin

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2025, To Have and Have Not – How to Bridge the Gap in Opportunities, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/dec143ad-en>

Stockhausen, Maximilian / Niehues, Judith / Engel, Henrik, 2025, IW-Verteilungsreport 2025. Einkommensverteilung in Deutschland und der Europäischen Union, IW-Report, Nr. 66, Berlin/Köln

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Perspektiven für Morgen schaffen – Chancen nicht verspielen, Jahresgutachten 2025/26, Wiesbaden